

## Koalitionspoker



**viel Spass!**



# oder

**konsequent sozial  
und entschieden gegen Privatisierung**

# KPÖ

[www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)

### Veränderung und Opposition

Warum Schwarz-Blau keine  
reale Gefahr ist ..... Seite 3

### Kommt die Privatisierung der Spitäler?

Gegen US-amerikanische  
Zustände im Gesundheits-  
system ..... Seite 4

### Gleiche Rechte – gleiche Chancen

Soziale und politische  
Gleichstellung für alle, die in  
Österreich leben ..... Seite 7

**Privatisierung öffentlichen Eigentums stoppen!**

**KPÖ fordert Volksabstimmung** Seite 5

# Koalitionspoker oder Prinzipien?



Manfred Groß,  
Vorsitzender des GLB und  
KPÖ-Kandidat für die NR-Wahl

Wer darf mit wem regieren? Und welchen Preis ist man bereit zu zahlen, um an der Macht beteiligt zu werden? Noch kein Wahlkampf in der Geschichte der 2. Republik war von einem derartigen Gerangel um die Regierungsbeteiligung geprägt – und noch keiner war so verlogen wie dieser.

Als KPÖ-Kandidat werde ich immer wieder gefragt: Warum tretet ihr eigentlich zu dieser Wahl an, wo doch endlich die Gelegenheit gegeben ist, Schwarz-Blau in die politische Wüste zu schicken? Meine Antwort darauf: Weil die Blauen weder einen Gusenbauer noch einen Van der Bellen gebraucht haben, um in die Wüste zu gehen. Schwarz-Blau ist tod – da helfen auch alle medialen Wiederbelebungsversuche nichts. Und ich kandidiere für die KPÖ, weil keine der beiden Noch-Oppositionsparteien – SPÖ und Grüne – Politik im Interesse der ArbeitnehmerInnen und der sozial Benachteiligten

macht. SPÖ und Grüne schwimmen ebenfalls im neoliberalen Mainstream und signalisieren den großen Geldsäcken schon jetzt, dass von ihrer Seite nichts zu befürchten ist. Deshalb haben sie nicht die geringste Berechtigung, sozial gesinnte Menschen in politische Geiselnhaft zu nehmen und die Stimme für sie als moralisches „Muss“ darzustellen.

„Eine andere Welt ist möglich“, heißt die Losung der globalisierungskritischen Bewegung, die auch gerne von Roten und Grünen übernommen wird. Wie soll aber eine andere Welt möglich sein, wenn sich deren Politik nicht prinzipiell gegen die jetzige, unsoziale

und ungerechte Welt stellt? Eine gründlich andere Politik, als sie etwa auch von Rot-Grün in Deutschland gemacht wird, ist notwendig, um eine andere Welt überhaupt erst denkbar werden zu lassen! Das ist meine politische Überzeugung.

Die letzten Jahre – nicht erst seit Schwarz-Blau – belegen deutlich, wohin es führt, wenn sich Regierungen und Oppositionsparteien dem neoliberalen Diktat fügen. Da wurde staatliches Eigentum im großen Stil zu Diskontpreisen verschandelt, da wurden die Reichen steuerlich entlastet, während für den größten Teil der Bevölkerung Sparpakete

## Auszug aus der langen Privatisierungsliste der SPÖ-ÖVP-Regierungen

Unternehmen	Standort	Verkaufsjahr	Käufer	Restanteil
AMAG	Ranshofen	1996	Hammerer/MBD 40, Turnauer 40, Stiftung 20	null
AT&S	Hinterberg	1994	Androsch, Zoidl und Dörfinger/MBD 100	null
Austria Tabak	Linz/Hainburg	1997	Börse 58.90	ÖIAG 41.1
Austrian Airlines	Wien		Börse 60.30	ÖIAG 39.7
Böhler Uddeholm	Wien	1995, 1996	1995: Börse 27.3, 1996: Börse 47.7	ÖIAG 25
Chemie Linz	Linz	1996, 1998	1996: DSM (NL) 70, 1998: DSM (NL) 30	null
Creditanstalt	Wien	1997	Bank Austria 100	null
DDSG	Wien		Stinnes (D) 100	null
Flughafen Wien	Wien		Börse 82.62	ÖIAG 17.38
Mobilkom	Wien		Telecom (I) 25	Telekom 75
OMV	Schwechat	1987, ff.	87: Börse 15, 89: Börse 10, 94: IPC (Abu Dhabi) 20, 96: Börse 20	ÖIAG 35
Österreichische Lotterien	Wien		Börse 66	PSK Betreib.verw. 34
Salinen	Ebensee	1996	Androsch 47.5, Raiffeisen 47.5, MBO 5	null
Semperit	Traiskirchen		Continental (D) 100	null
SGP Verkehrstechnik	Wien/Graz	1992, 1993	1992: Siemens (D) 26, 1993: Siemens (D) 48	unbekannt
Steyr-Daimler-Puch	Steyr	1998	Magna (CDN) 100	null
Steynmühl	Laakirchen	1988, 1995	1988: Haindl (D) 20, 1995: Haindl (D) 80	null
Telekom Austria	Wien		Telecom (I) 25	PTBG 75
VA-Stahl	Linz	1995, 1996	1995: Börse 36.7, VA-Tech 19.9, 1996: Private Investoren 4.6	ÖIAG 38.8
VA-Tech	Linz	1994	Börse 56.9, VA-Stahl 19.1	ÖIAG 24
Verbund	Wien	1988	Syndikat 27, Börse 22	Bund 51

Anteile in Prozent, kein Anspruch auf Vollständigkeit. Quellen: Trend, Profil u. a. Stand: 2000. Erstellt von Leo Furtlehner. SPÖ und ÖVP sind für die Privatisierung von zumindest 80 kleineren und größeren staatlichen Unternehmen politisch verantwortlich.

geschnürt wurden. Genau dieses soziale Unrecht ist es aber, dem auch jetzt schon wieder Vorschub geleistet wird, wenn „sinnvolles Sparen und soziales Augenmaß“ propagiert wird und zugleich die Weichen in Richtung massiver Entlastung des Großkapitals gestellt werden.

Und in der Frage der Privatisierungen? Angesichts des „Liberalisierungsdrucks“ von seiten der Welt Handelsorganisation und der EU muss man wissen, dass auch SPÖ und Grüne nicht einmal im Traum daran denken, sich diesem Druck zu widersetzen und den neoliberalen Ausverkauf zu stoppen. Mehr noch: die EU wird als Heiligtum gehuldigt, obwohl sie Tag für Tag im Interesse der Konzernbosse handelt. Wer aber die Politik der EU und der Welthandelsorganisation (GATS) in den kritikfreien Raum stellt und gleichzeitig den sozialen Charakter seiner Politik und sein Bekenntnis zum öffentlichen Sektor beschwört, begeht politischen Betrug an den WählerInnen!

„Eine Stimme für die KPÖ ist eine verlorene Stimme“, sagen die einen. „Jede Stimme für eine dieser vier Parlamentsparteien ist verschleudert und verloren“, sage ich. Es ist ein auswegloses Spiel, das nun schon seit Jahren über die Bühne geht – ein Spiel, bei dem die ArbeitnehmerInnen und die sozial Benachteiligten nur verlieren können. Die Ausverkaufsmaßnahmen und die Eingriffe im Sozialbereich haben System – und was bisher geschehen ist, war erst der Anfang. Es wird sich daher schnell als richtig erweisen, dass ein Signal gegen soziale Ungerechtigkeit und Verteilungunrecht, gegen die Arbeitsplatzvernichtung und den Ausverkauf der öffentlichen Wirtschaft und der Bildung wichtiger ist, als eine Stimme für das neoliberale Parteiensystem.

## Veränderung und Opposition

Die neuerliche Wende im Wahlkampf: Nach der faktischen Machtübernahme Jörg Haiders in der FPÖ ist die Fortsetzung der schwarzblauen Koalition so gut wie ausgeschlossen. Mit großer Wahrscheinlichkeit heißt daher der nächste Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Trotz „Kabinetts des Lichts“ lässt dieser aber seine WählerInnen im Dunklen tappen, was mit einer Stimme für die SPÖ geschieht: Will er mit den Grünen oder will er mit der ÖVP nach dem 24. November regieren? Wenn beides möglich ist, wo wäre dann der Unterschied?

Angesichts dessen ist traurig, dass die Grünen und ihr Spitzenkandidat den bravsten und angepassten Wahlkampf ihrer Geschichte hinlegen. Auch Alexander Van der Bellen spricht sich nicht für einen Privatisierungsstopp bei Post, Bahn, Gesundheits- und Bildungswesen aus. Auch die Grünen legen keinen Einspruch gegen die gerade in Aufbau befindliche Euro-Armee ein. Eine Stimme für die Grünen, die gedacht ist als Zeichen gegen Neoliberalismus und Privatisierung, wäre so eine verlorene Stimme.

Aus einer gesellschaftskritischen Bewegung haben sie sich in eine normale

Walter Baier  
Vorsitzender der  
KPÖ und  
Spitzenkandidat  
für die NR-Wahl



Partei verwandelt, die nicht mehr Opposition sein will, sondern – koste es, was es wolle – in die Regierung drängt.

Soll man diesen Anpassungs- und Entpolitisierungsprozess der Grünen und der SPÖ durch eine Stimmabgabe belohnen und damit fördern? Eines haben die letzten Jahre doch erwiesen: Angesichts weltweitem Neoliberalismus und dem in der EU verkörperten kapitalistischen Modell kann dem Sozialabbau, der Ellbogengesellschaft und der Privatisierung nicht mit Anpassung begegnet werden. Es braucht Opposition zu den herrschenden Zuständen, Veränderung beginnt mit Opposition.

Es mag daher gefallen oder auch nicht, es mag sogar den gängigsten Vorurteilen widersprechen, aber es ist trotzdem wahr: die einzige Partei, die sich bei diesen Wahlen bundesweit mit einem klar oppositionellen Programm stellt, ist die KPÖ. Konsequenz sozial wählen, heißt links wählen, heißt KPÖ wählen.

## Gib mir deine Stimme und alles wird gut?

Das Studienjahr begann katastrophal. Raummangel, zu wenig Lehrveranstaltungen und ineffiziente Anmeldesysteme (Motto: die schnellste Internet-Verbindung gewinnt). Formale Hürden, Schikanen und regelrechtes Hinausekeln waren Alltag in den ersten Seminareinheiten. An manchen Instituten können mehr als die Hälfte der Studierenden keine Seminare belegen. Da ist die Behauptung des Bildungsministeriums, die Studiengebühren hätten zu mehr „Ernsthaftigkeit des Studiums“ geführt, nur noch zynisch. An Stelle von fachlichem Interesse als Motivation für die Wahl von Lehrveranstaltungen treten die zeitliche Vereinbarkeit mit dem oder den Job(s) und blindes Scheine-Sammeln. Oberflächlich

betrachtet sind die Unterschiede zwischen den Parlamentsparteien eindeutig: Schwarzblau will weitermachen wie bisher, rotgrün möchte die Studiengebühren abschaffen und die Unireform ein bisschen verändern. Vergessen scheint, dass sich ÖVP und SPÖ 1999 auf die Einführung der Studiengebühren geeinigt hatten. Bezeichnend ist auch, wie sich Van der Bellen zum Universitätsgesetz 2002, das die Privatisierung und Entdemokratisierung der Unis vorantreibt, äußerte: „Gesetze müssen befolgt werden“. Endgültig misstrauisch gegenüber Versprechungen der parlamentarischen Opposition macht die fünfzehnjährige Kontinuität, auf die Studierende in der Unipolitik zurückblicken müssen. Schwarzblau setzte nur

fort, was die SPÖ begonnen hatte. Prinzipielle Richtungsänderung? Wo denn? Keine Parlamentspartei stellt den Siegeszug des Neoliberalismus im Bildungssystem, die schrittweise Privatisierung der Unis in Frage. Gar nix bleibt mehr vom Gerede des Wahlkampfes zweier „Lager“, wenn der SPÖ-Wissenschaftssprecher präzisiert, dass er zwar die Studiengebühren abschaffen will, jedoch nichts versprechen kann.

Karina Korecky  
Vorsitzende des KSV  
und Kandidatin  
für die NR-Wahl



Wird das AKH privatisiert?

# Konzerne machen Druck für Privatisierung der Spitäler

Das Hanuschspital – im Eigentum der Gebietskrankenkasse – steht vor der Privatisierung. Zumindest verlangt Sozialminister Haupt die Einsetzung eines privaten Managements mit dem Auftrag, Kosten zu senken.



Der Bauunternehmer Haselsteiner und Christian Köck – beide sind als Politiker des Liberalen Forum (LIF) in Erinnerung – haben erste Angebote bereits unterbreitet.

Veränderungen in Richtung Privatisierung zeichnen sich auch beim AKH ab. Dieses soll in eine Kapitalgesellschaft (GesmbH) umgewandelt werden. Betreiberin dieses Projekts ist jedoch die SPÖ. Damit wäre ganz im Sinne der EU und des GATS, des Dienstleistungsabkommens der Welthandelsorganisation WTO, das Tor für das Privatkapital geöffnet. GATS hat zum Ziel, alle Leistungen der Daseinsvorsorge zur Privatisierung freizugeben. Mit den Ausgliederungen der Spitäler und anderer kommunaler Betriebe sind bereits in vorseilendem Gehorsam der Wiener SPÖ-Stadtpolitiker die Voraussetzungen dafür geschaffen worden.

Um aufzuzeigen, wohin die Reise geht, ein Beispiel: In Niederösterreich gibt es 76 stationäre Betten für Dialyse-PatientInnen. Ein Primararzt in Mödling bietet weitere 30 Plätze an. Nur: Der Primar hat keinen Kassenvertrag. Obwohl die Gebietskrankenkasse dem Arzt die Leistung wesentlich höher abgelden wollte als einem öffentlichen Spital, hat er einen Vertrag mit der Begründung „wirtschaftlich unrentabel“ abgelehnt!



**Beatrix Todter**  
Personalvertreterin im Kaiserin  
Elisabethspital und  
Listenzweite für die NR-Wahl

## Leere Versprechungen

Kurz vor den Wahlen entdeckt man wie immer die Frauen. Wieder einmal werden Kindergartenplätze versprochen, faire Chancen, Arbeitsplätze. Versprechen, an die sich schon kurz nach der Wahl niemand mehr erinnert. Ein ausreichendes Kinderbetreuungsangebot wird es solange nicht geben, wie es nicht ein bundesweit einheitliches Gesetz dafür gibt, dass auch die Kosten für den laufenden Betrieb nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden. Faire Chancen setzen voraus, dass gleichwertige Arbeit

auch gleich entlohnt wird, dass die Arbeit im Haushalt und der Kindererziehung nicht einseitig zu Lasten der Frauen gehen. Und Jobs, dass wissen Frauen am besten, Jobs als Putzfrau oder Billa-Verkäuferin in ungeschützten Verhältnissen bei nicht-existenzsichernder Bezahlung gibt es genug. Worum es geht sind qualifizierte Arbeitsplätze für alle durch radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Aufteilung aller Arbeit auf alle. Worum es geht ist eine Mindestabsicherung bei allen bestehenden

Sozialleistungen, die unabhängig vom PartnerInneneinkommen garantiert wird. Dazu wäre es allerdings notwendig Kapital und Vermögen zu besteuern, doch dass plakatiert von den Mächtgern-Regierungsparteien niemand.



**Heidi Ambrosch**  
Frauenvorsitzende  
der KPÖ

KPÖ fordert:

# Volksabstimmung über den Schutz des öffentlichen Eigentums vor Ausverkauf

Gesundheitswesen und Pensionen, Post und Bahn, Wasser, Wald und Energie, Schlüsselindustrien und Gemeindebetriebe, Bundes- und Gemeindewohnungen, Bildung und öffentliche Verwaltung dürfen nicht den Konzernen, der privaten Anlagespekulation sowie privaten Geschäftemachern ausgeliefert werden! Bereits ausgegliederte und ausgelagerte Bereiche müssen ins öffentliche Eigentum rückgeführt werden! Der öffentliche Bereich braucht dringend Reformen zur Beseitigung von Missständen, die schon bisher zu berechtigtem Unmut führten. Reformziele sind: eine moderne Verwaltung, Transparenz sowie demokratische Mitbestimmung und Kontrolle. Freier und gleicher Zugang für alle in Österreich lebenden Menschen zu öffentlichem Eigentum und Sozialstaat.

*Die Welt verändern.*



**KPÖ**  
www.kpoe.at



## Stimme gegen Privatisierung

- „Wir vertreten eure Interessen“, sagen die einen und verscherbeln Post, Bahn, Wasser und kommunale Betriebe.
- „Über unsere Lebensgrundlagen wollen wir selbst bestimmen“, sagen wir. Denn wo Politik Geschäft ist, wird in die eigene Tasche privatisiert.
- Die Alternative: Demokratisierung und Ausbau öffentlichen Eigentums. Grundversorgung sichern, statt prinzipienlos um die Macht pokern.

Unterschriftslisten können bei der KPÖ bestellt werden (siehe Seite 8 bzw. sind unter [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at) abrufbar)

Die KPÖ fordert:

## Verankerung des öffentlichen Eigentums und des Sozialstaates in der Verfassung!

Helpen statt reden

# KPÖ-Stadtrat Kaltenegger spendete bereits 150.000 EURO.

Die von Wohnungsstadtrat Ernest Kaltenegger ausbezahlten Unterstützungen an bedürftige GrazerInnen haben insgesamt die Grenze von zwei Millionen Schilling gesprengt“, so die Grazer Rathaus-Presskorrespondenz im Dezember 2001.

Seit seinem Amtsantritt als Stadtrat im April 1998 hat Kaltenegger jeweils jene Teile seines Netto-Monatsbezuges, die 24.000 Schilling übersteigen, in einen Fonds eingezahlt, über dessen Verwendung er jährlich beim traditionellen „Tag der offenen Konten“ Auskunft gibt.

Exakt 554.455,01 Schilling (fast 40.300 Euro) wurden im Jahr 2001 an 179 namentlich registrierte Personen überwiesen, wobei nicht nur finanzielle Unterstützungen zur Überbrückung von Notfällen, sondern vor allem auch Zahlungen an Vermieter zur Verhinderung von Delogierungen, Rechtshilfe und Unterstützungen bei Sanierungen auf der Tagesordnung standen. Den Löwenanteil machten Baukostenbeiträge und Kautionen mit 166.000 Schilling (mehr als 12.000 Euro) aus, der Mieternotruf wurde mit 62.000 Schilling (über 4.500 Euro) unterstützt.

Insgesamt erreichte die Gesamtsumme der aus Kalteneggers Fonds geleisteten Unterstützungen seit 1998 exakt 2.011.855,01 Schilling (mehr als 146.200 Euro) – wobei der Stadtrat heuer auf eine Premiere zurückblicken kann: „Erstmals habe ich für den Fonds eine Spende einer Privatperson über 2.000 Schilling bekommen!“

Bei den HilfeempfängerInnen stehen AlleinerzieherInnen an der Spitze vor BezieherInnen von Mindestpensionen und kinderreichen Familien. Auch soziale Einrichtungen weisen Bedürftige des öfteren auf Kalteneggers Initiative hin. Geholfen wird rasch und unbürokratisch.

Zwei konkrete Fälle aus der Fülle der Unterstützungen: Eine Frau war vor den körperlichen Angriffen ihres Lebensgefährten ins Frauenhaus geflüchtet – als der Mann jedoch bei den Mieten Rückstände angesammelt hatte,

wollte sich die Genossenschaft an der im Frauenhaus befindlichen Grazerin – sie war im Mietvertrag ebenfalls vertreten gewesen – schadlos halten. Eine Sammlung durch Arbeitskolleginnen der Frau und des Kaltenegger-Fonds brachten die Mietrückstände ins Reine, die Genossenschaft entließ die Grazerin aus dem Vertrag.

Eine Rücklage bildete Kaltenegger auch für die Verfahrenskosten im Fall einer 90 Jahre alten Mindestpensionistin aus dem Bezirk Lend: Der neue Eigentümer will das Haus, in dem die Frau seit ihrer Geburt lebt, abreißen und dafür die 90-Jährige delogieren lassen, für die eine Welt zusammenbrechen würde. Das in diesem Sinn ergangene Ersturteil will Kaltenegger bis zum Höchstgericht bekämpfen – und hofft dabei auf eine Prädenzwirkung, denn: „Manche Besitzer lassen Häuser absichtlich jahrelang verfallen, um sie dann

wegen der Unwirtschaftlichkeit einer Sanierung wegreißen und durch größere Bauten ersetzen zu können. Ein entsprechendes Urteil könnte die Eigentümer verpflichten, die Häuser in Schuss zu halten!“

Wiener Zeitung,  
4./5. Oktober 2002

## 34 Mill. Euro für Parteienförderung

Österreichs politische Parteien dürfen sich heuer über knapp 34 Mill. Euro an Förderung freuen. 14,3 Mill. davon entfallen auf die „Parteienförderung“, 8,5 Mill. Euro auf die Bildungseinrichtungen. Für die Wahlkampfkosten-Rückerstattung wird es noch einmal 11,3 Mill. Euro geben. Dieses Geld wird auf die Parteien nach ihrem erzielten Stimmenanteil aufgeteilt. Das teilte das Bundeskanzleramt mit.

An Parteienförderung erhielt die SPÖ heuer 4,96 Mill. Euro, die ÖVP 4,06 Mill., die FPÖ 4,07 Mill. und für die Grünen gab es 1,27 Mill. Euro.

## Wer gegen Privatisierung ist, stimmt für die KPÖ

Die Zerschlagung und der Ausverkaufskurs der Post zeigt bereits erste Auswirkungen, die Beschäftigte und KundInnen zu spüren bekommen.

Während wir es kaum mehr schaffen, bei akutem Personalmangel die Probleme zu bewältigen, picken sich die privaten Dienstleister die Rosinen aus dem Kuchen. Das Betriebsklima ist schlecht wie noch nie und vielfach werden die ZustellerInnen und Schalterbediensteten für die Fehler der Manager beschimpft. Sie leisten bei niedriger Bezahlung das Menschenmögliche, kön-

nen aber nicht mehr bewältigen, was durch den Zerschlagungskurs an Problemen angehäuft wird. Die Führung der Gewerkschaft und der Personalvertretung schweigt sich aus und lässt die Belegschaft im Regen stehen. Dafür betreibt man eifrig Wahlkampf und lenkt von der Verantwortung der Sozialdemokratie für die unhaltbaren Zustände ab. Der Ausverkaufskurs der Post wurde unter RotSchwarz begonnen und unter Schwarzblau nur beschleunigt. Die SP-geführte Gewerkschaftsspitze aber hat auf rechtzeitige Kampfmaßnahmen verzich-

tet und richtet sich offensichtlich bereits auf eine neuerliche schwarzrote Koalition ein.

Wer eine Stimme gegen Privatisierung abgeben will, wählt KPÖ.

Robert Hobek  
Personalvertreter  
bei der Post und  
Kandidat der  
KPÖ



# Gleiche Rechte – gleiche Chancen



Hayduk Mrdalj, geboren in Jugoslawien, Gemeindebediensteter

Bright Oyairo, geboren in Nigeria, kfm. Angestellte

Nadir Aykut, geboren in der Türkei, Arbeiter

(v.links nach rechts)

kandidieren als parteilose KandidatInnen für die KPÖ

■ Soziale und politische Rechte nicht an die Staatsbürgerschaft, sondern an die Einwohnerschaft binden!

■ Ersetzung des Fremdenengesetzes durch ein Einwanderungsrecht, das sich an den Menschenrechten und nicht an den Bedürfnissen von Staat und Wirtschaft orientiert.

■ Respektierung des Menschenrechts auf Asyl und die existenzielle Absicherung aller AsylwerberInnen.

■ Gleicher Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, zu Versicherungs- und Sozialleistungen.

■ Wahlrecht für alle, die hier leben.

Das Wahlprogramm der KPÖ findet sich im Internet unter [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)

## ÖBB verteidigen!

Geht es nach den EU-Chefs, der Welthandelsorganisation und der Regierung, dann werden die ÖBB zerschlagen: Die Infrastruktur soll vom eigentlichen Verkehrsbereich getrennt und beide Bereiche an das Privatkapital verkauft werden. Als Modell dient England, wo sich am Ausverkauf zwar manche perfekt bereicherten, das Eisenbahnwesen aber praktisch zusammengebrochen ist.

Ich sagen: das darf nicht sein! Die Versorgung mit Verkehrsdienstleistungen auf der Schiene muss aus ökologischen Gründen ausgebaut werden und aus Sicherheitsgründen öffentliche Aufgabe bleiben!



Theo Schneider  
Vorsitzender des GLB-  
Eisenbahn, Personalver-  
treter und KPÖ-Kandidat

SPÖ und ÖVP hatten im Regierungsübereinkommen den Ankauf von Abfangjägern fixiert. FPÖ und Grüne sind sogar für ein Berufsheer. Es ist an der Zeit, über eine neue Sicherheit nachzudenken. Denn alle Heere dieser Welt sind ausgebildet, Menschen umzubringen. Aktive Friedenspolitik braucht keine Armeen. Das neutrale Österreich könnte vortreten und das Bundesheer ersatzlos abschaffen.



Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche ...

**KPÖ**  
[www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)

**Wahl-Brunch der KPÖ-Wien**

Jazz vom Feinsten mit „Phone three Phone“. Sonntag, 17. November, 11 – 17 Uhr, 7STERN, Siebensterngasse 31, 1070

**„Deutschland nach den Wahlen“. Auswirkungen der Wahlergebnisse in der BRD auf die Linkskräfte in Europa.**

Diskussionsveranstaltung der KPÖ mit Uwe Hixsch, Bundesgeschäftsführer der PDS.

Dienstag, 19. November, 20 Uhr, 7STERN, Siebensterngasse 31

**Young Comunist Party**

Freitag, 22. November, ab 20 Uhr, Kosmos frauen.raum, Siebensterngasse 42, 1070

**Darf ich KPÖ wählen?**

Das ultimative Quiz zur Nationalratswahl. Jeden Freitag mit neuen Fragen. Zu finden auf [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)

Exklusives Sonderangebot.

**KPÖ**  
www.kpoe.at

**wechsell Sie  
wenigstens  
die Partei**

Ich bestelle folgende Info-Materialien der KPÖ:

- Das aktuelle Programm und die Statuten
  - Das Frauenprogramm der KPÖ
  - Den Folder Immigrationspolitische Standpunkte
  - 4 Ausgaben der Volksstimme gratis zum Kennenlernen
  - Die Broschüre „EU-Erweiterung“
  - Die Broschüre „Existenzsichernde Arbeit für Alle“
  - Das Stichwort zum Thema „Nein zum NATO-Angriffskrieg“
  - Informieren Sie mich über:
- .....

Name: .....

E-Mail: .....

Straße, Hausnr.: .....

Postleitzahl, Ort: .....

Porto  
zahlt  
Empfänger

An: KPÖ

Weyringerg. 33/5

1040 Wien

Tel.: 01/503 65 80

Fax: 01/503 65 80/499

<http://www.kpoe.at>

E-Mail: [bundesvorstand@kpoe.at](mailto:bundesvorstand@kpoe.at)